Herr Kolf vermisst Stellungnahmen der Verwaltung zu den einzelnen Haushaltsanträgen.

Der Bürgermeister stellt klar, dass gemäß der bisherigen Übung zunächst die Fraktionen ihre Anträge erläutern. Daraus ergäben sich entweder weitere Beratungen in anderen Fachausschüssen oder Aufträge an die Verwaltung. Diese Vorgehensweise sei vom Verfahren ökonomischer als in „vorausgehendem Gehorsam“ schon zuvor Vorlagen zu erarbeiten.

Herr Kolf stellt klar, dass zumindest über die CDU-Anträge heute keine Abstimmung erfolge.

Der Bürgermeister erwidert, dass dies auch nicht erforderlich sei. Er verstehe dies als erste Diskussion, die ggf. ja auch in einer Verweisung in den Fachausschuss münden könne.

Herr Strausfeld geht auf den CDU-Antrag ein und stellt klar, dass der beantragte Verzicht der Grundsteuererhöhung sich nur auf das Jahr 2019 beziehe. Er zitiert aus dem vorgelegten Antrag. Alle Mandatsträger aus Rat und Ausschüssen müssten allen Bürgern gerecht werden, also auch denen, die mit einer Grundsteuererhöhung belastet würden. Ergänzend verweist er auf die in Kürze anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Neuberechnung der Grundsteuer B. Alle Fraktionen seien sich einig, weitere Baugebiete zu entwickeln. Mit der Grundsteuer B liege man Kreisweit aber im „oberen Tabellendrittel“. Zudem geht er auf die im Schulausschuss angesprochene Frage der vakanten Lehrerstellen ein. Die Schulleiter/innen hätten signalisiert, diese Zahlen zu erarbeiten, um zu prüfen, ob freie Lehrerstellen für die Schulsozialarbeit nutzbar seien. Der Hauptamtsleiter habe im Schulausschuss gesagt, dass man nur Stellen entfristen könne, die die Gemeinde auch selber besetze. Für die Mitglieder des Rates und der Ausschüsse sei es zu schwierig, zu entscheiden, bei welchen freiwilligen Ausgaben man sparen könne. All diese Fragestellungen wolle man in eine Prüfung einbezogen haben. Für viele langjährigen Immobilienbesitzer mache die Erhöhung vielleicht nicht viel aus. Man müsse aber auch an junge Familien denken, die in den Anfangsjahren stark belastet seien.

Herr Strack erklärt, dass die Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2018/2019 die Grundsteuererhöhung beinhalte. Eine „Sperrung“ sei nicht möglich. Wolle man hieran etwas ändern, sei dies nur im Wege eines Nachtragshaushaltes für 2019 möglich. Ergänzend fügt er hinzu, dass der Haushalt für 2018/2019 genehmigt sei. Die amtliche Bekanntmachung sei vergangenen Donnerstag erfolgt. Man müsse am Ende des Tages sehen, ob sich alternative Finanzierungsmöglichkeiten auftun, auch unter Beurteilung der zukünftigen Förderung. Eine Liste mit den freiwilligen Leistungen für 2018 werde der Niederschrift beigefügt (**Anlage 1**). Man liege bei 1,14 Mio. Euro, wobei den größten Teil die Bereiche Hermann-Weber-Bad, Bibliothek und Kultur ausmachten. Suche man alternative Finanzierungsmöglichkeiten, müssten diese nachhaltig sein. Mit der Streichung einer Einzelmaßnahme sei es nicht getan.

Frau Vetter ergänzt, dass man dem Auftrag gefolgt sei, bei den Schulen abzufragen, inwieweit die Umwandlung offener Lehrerstellen in Schulsozialarbeiterstellen möglich wäre. Die Ergebnisse werden zusammengetragen. Außerdem habe sie sich den aktuellen Erlass zur Umwandlung von Lehrerstellen in Schulsozialarbeiterstellen beschafft. Im Moment lasse sich noch schwer beurteilen, welche rechtlichen Voraussetzungen zu erfüllen sind. Man habe auch die Schulaufsicht kontaktiert. Alle Informationen würden zusammengetragen und nach Vorlage aller Ergebnisse kommuniziert.

Auf Frage von Herr Kolf erklärt Frau Vetter, dass es sich grundsätzlich um knapp 4,2 Schulsozialarbeiterstellen handele. Aktuell sei aber zu berücksichtigen, dass sich die Situation Stand heute durch einen Sterbefall (Nachbesetzung noch nicht erfolgt), die Nichtbesetzung in Harmonie und Krankheitsfälle anders darstelle.

Herr Strack geht kurz auf die Beträge ein und erklärt, dass die Gemeinde Eitorf einen Zuschuss in Höhe von 153.211,20 Euro bei Gesamtkosten in Höhe von 255.000 Euro erhalte.

Der Bürgermeister fasst die Beratung zusammen und schlägt vor, alle angesprochenen Informationen zu sammeln und die weitere Beratung in den zuständigen Gremien fortzuführen. Diesbezüglich besteht Einvernehmen.